

Breites zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts bleibt notwendig - Überwachung der Partei DIE LINKE beenden

Gemeinsamer Beschluss des Landesvorstandes der Partei DIE LINKE, der Landtagsfraktion und der Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt

Der Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus und der 70. Jahrestag der Wannseekonferenz waren auch für DIE LINKE Anlass, der Opfer des Holocausts, des Vernichtungskrieges, des Terrors und des Widerstandes zu gedenken. Die Erinnerung an die Einzigartigkeit und die Dimensionen nationalsozialistischer Verbrechen muss wach gehalten, historisch-politische Bildung fachlich weiterentwickelt und finanziell gesichert werden. Die heute als selbstverständlich etablierten Gedenkstätten, wie das Haus der Wannseekonferenz, waren in ihrer Projektierungszeit zumeist hart umkämpft und wurden verzögert. Deutschland als Täterland hat Jahrzehnte gebraucht, um Schuld auch in der Erinnerungskultur anzuerkennen. Die deutsche Einheit hat ein neues Spannungsfeld des Gedenkens eröffnet, Geschichte bleibt Mahnung und politischer Widerstreit gleichermaßen.

Seit zwei Jahrzehnten engagieren sich Menschen in Sachsen-Anhalt gegen Rassismus, gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Dies geschieht aus vielen Motiven heraus, aus antifaschistischen, humanistischen, bürgerlichen und christlichen, aus Gründen des Herzens und der Vernunft, der Solidarität und der Betroffenheit. Man kann dies auch die Vielfalt demokratischer Gegenwehr gegen rechte Alltagskultur und Hasspropaganda nennen. **Diese Vielfalt sollte Politik nicht gegeneinander ausspielen, zumal zu fragen ist, ob die meisten Menschen überhaupt dazwischen trennen.**

Wenn es mancherorts über die Jahre doch allein die antifaschistische Initiative war, dann ist das anzuerkennen und nicht anzugreifen. Die Mär von der spiegelverkehrten (Jugend-)Gewalt, die sich gegenseitig als Lebenselixier benötigt, spielt den Neonazis in die Hände. Seit den Bundesprogrammen und Landeskampagnen für mehr Zivilcourage ist auch im Mainstream angekommen: „Nicht wegschauen, sondern einmischen“, nicht Ruhe sondern Vielfalt. Antifaschistische Initiativen, Projekte und Archive haben zusammen mit den Medien weit mehr über die rechten Strukturen sowie aktuell über die rassistische Mordserie an die Öffentlichkeit gebracht, als jede Pressekonferenz der Behörden und jeder parlamentarische Innenausschuss. **Das zivilgesellschaftliche Engagement bleibt für uns die Basis im Kampf gegen Rechts.**

Im November 2011 wurde die Dimension einer dreizehn Jahre andauernden, bis dato nicht aufgeklärten Mordserie von Neonazis und ihren Unterstützerinnen und Unterstützern bekannt. Bevor die Ursachen für das Versagen der Sicherheitsbehörden aufgeklärt werden, führen die Bundesregierung und die betroffenen Behörden Scheidebatten zu ihrer Verteidigung und simulieren Handlungsfähigkeit. Zig Dateien der Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden führten Namen, Tatwaffe, Sprengstoffdelikte auf, nun soll es eine Zentraldatei richten. **DIE LINKE fordert die Aussagegenehmigung für alle Landesbehörden vor dem Untersuchungsausschuss im Bundestag und die Aufklärung in den Landesparlamenten und der Öffentlichkeit. Ansonsten wird die notwendige Aufklärung zur Farce.**

Extremismus ist ein konservativer Kampfbegriff, der mehr verwischt als erklärt. Der Extremismusbegriff kaschiert die realen Verhältnisse und die realen Gefahren. Er tut so, als müsste jedem rechten Übergriff die Warnung vor anderen Gefahren an die Seite gestellt werden. Er ist handlungsleitend für den Verfassungsschutz und die Bundesregierung. Er ist ein Produkt des Kalten Krieges und des Antikommunismus. Er ist nicht nur aus der Zeit gefallen, sondern er behindert die Arbeit gegen Rechts. **Die so genannte Extremismusklausel, gegen die sich Verbände, Stiftungen, Vereine und Oppositionsparteien in Bundestag und Landtag seit Jahren wehren, soll einschüchtern, Engagement diskreditieren, das politische Klima verändern. Ihre Streichung ist überfällig.**

Der Extremismusbegriff richtet sich gegen Undogmatische, Liberale, Linke – früher gegen die GRÜNEN, heute in besonderer Weise gegen DIE LINKE. Die Bespitzelung der LINKEN durch den Verfassungsschutz ist Ergebnis dieser Denkweise. Sie diskreditiert unsere Arbeit, unsere Wählerinnen und Wähler und unsere Kooperationspartnern. Ziel ist es, den demokratischen Streit über Ideen, Werte und die Zukunft unseres Zusammenlebens in einen legitimen und in einen illegitimen Teil zu spalten. Klar erkennbar ist die Absicht, eine gesellschaftliche Kooperation im linken Spektrum zu verhindern und damit eine Hegemonie der Konservativen – unter Missbrauch staatlicher Institutionen - abzusichern. **DIE LINKE bereitet sich auf die Verhandlung ihrer Klage gegen die Überwachung vor dem Bundesverfassungsgericht vor. Darüber hinaus führen wir seit langem eine kritische Diskussion über die Rolle und Notwendigkeit des Verfassungsschutzes - die Geheimdienste gehören ernsthaft auf den Prüfstand.**

Dessau-Roßlau, 28. Januar 2012